

Delegierte verabschieden zahlreiche Anträge und nehmen Berichte zur Kenntnis

# Sozialpolitisches Programm

Mit der Resolution „Solidarisch denken – sozial handeln!“, in der vor der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich gewarnt wird, wurden den Delegierten der 19. Bundesverbandstagung die zentralen sozialpolitischen Forderungen des SoVD für die kommenden vier Jahre zur Verabschiedung vorgelegt.

Der Forderungskatalog umfasst die Bereiche der Pflege-, Renten-, Behinderten-, Gesundheits- und Frauenpolitik (siehe Wortlautauszüge unten). Dem einstimmigen Entscheid für die durch den SoVD-Präsidenten vorgetragene Resolution ging die Verabschiedung entsprechender sozialpolitischer Anträge voraus, die von Klaus Michaelis, wiedergewählter Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses im SoVD, erläutert wurden (siehe auch Seite 6). Klaus Michaelis stellte als Vorsitzender der Antragskommission für sozialpolitische Fragen auch das Sozialpolitische Programm für die kommende Periode vor.

Auch über Satzungs- und Or-



**Klaus Michaelis (li.), Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses im SoVD und Tagungspräsident Ernst-Bernhard Jaensch.**

ganisationsanträge wurde im Plenum entschieden. Die Anträge wurden von Hans-Peter de Vries vorgetragen.

Bereits am ersten Sitzungstag – noch vor den Wahlen – waren zur weiter führenden Information der Delegierten die schriftlich vorliegenden Berichte aus den einzelnen relevanten Ebenen und Gremien auch mündlich vorgetragen worden. Es berichteten SoVD-Präsident Adolf Bauer, Edda Schliepack, Sprecherin der Frauen im Bundesvorstand, Ingeborg Saffe, Bundesschatzmeisterin, Reinhard Meyer, Sprecher der Revisoren, Nico Hamkens, Bundesjugendvorsitzender, Martina Gehrman, stellvertretende Bundesgeschäftsführerin, und

Ragnar Hoenig, Stellvertreter der Leiter der Abteilung Sozialpolitik aus ihren Bereichen.



**Ragnar Hoenig, stellvertretender Leiter der Abteilung Sozialpolitik im Bundesverband.**



Fotos (5): Herbert Schlemmer

**Prof. Dr. Ursula Engelen-Kerfer, Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialversicherung.**

## Bericht und Anträge zur Frauenpolitik

In ihrem Bericht hob Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack insbesondere die Förderung engmaschiger Frauennetze – auch außerhalb des SoVD – hervor. Eigenständige Strukturen „von Frauen für Frauen“ seien notwendig, um die Gleichstellung von Frauen im beruflichen und öffentlichen Leben weiter voranzutreiben. Die Zusammenarbeit mit den Landesfrauensprecherinnen sei ihr besonders wichtig gewesen, betonte Schliepack und richtete ihren Dank an alle Beteiligten. Die mit überwältigender Mehrheit wiedergewählte Frauensprecherin wird den Bundesverband auch künftig in allen Fragen der Frauenpolitik gegenüber Politik, Ministerien und Verwaltungen vertreten.



**Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack**

## Jugend im SoVD

Bundesjugendvorsitzender Nico Hamkens wies darauf hin, dass sich die Zahl der jungen SoVD-Mitglieder in den letzten vier Jahren deutlich erhöht habe. Die SoVD-Jugend bot zahlreiche Seminare, Aktionen und Veranstaltungen an, teilweise gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Aktion Mensch. Ein kommender Schwerpunkt werde die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sein – insbesondere die Verbesserung der Chancen junger Menschen mit Behinderung in den deutschen Schulsystemen und im deutschen Ausbildungssektor nach Art. 24 und Art. 27 der Behindertenrechtskonvention.



**Bundesjugendvorsitzender Nico Hamkens**

# Solidarisch denken – sozial handeln!

Es ist eine große gesellschaftliche Herausforderung, ein friedliches, soziales und solidarisches Zusammenleben der Menschen zu gewährleisten. Im Folgenden sind Auszüge aus der Resolution „Solidarisch denken – sozial handeln!“ abgedruckt. Den vollständigen Text finden Sie zum Download unter [www.sovd.de](http://www.sovd.de).

(...) Das Streben nach immer mehr Gewinn, nach immer höheren Renditen und die zunehmende Deregulierung der Märkte verursachten die größte weltweite Finanzmarktkrise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. (...) Auf Rettungspakete für Banken in unvorstellbaren Größenordnungen folgten hierzulande Kürzungspakete

mit großen Einschnitten bei den Sozialsystemen – sozial unausgewogen und ungerecht. Die betroffenen Menschen müssen damit neben der Bedrohung in ihrer wirtschaftlichen Existenz ein zweites Mal bezahlen – für eine Krise, die sie nicht verursacht haben. (...) Die sozialen Kürzungsmaßnahmen haben dazu beigetragen, die Kluft zwischen Arm und Reich weiter zu vertiefen und das Auseinanderfallen der Gesellschaft zu beschleunigen. (...) Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, die sich auszeichnet durch solidarisches Denken und soziales Handeln. (...)

- Alle Menschen müssen die Sicherheit erhalten, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität sowie in Alter und Pflege vor materieller Not,

sozialem Abstieg und gesellschaftlicher Isolierung geschützt zu sein. Deshalb müssen vor allem eine ausreichende Versorgung bei Krankheit gewährleistet und die hohen einseitigen Belastungen der Patientinnen und Patienten abgebaut werden.

- Die wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen müssen gerecht verteilt werden. Hierzu ist auch unverzichtbar, Rentnerinnen und Rentner durch die Verbesserung von Höhe und Steigerung ihrer Renten stärker an der allgemeinen Lohn- und Wohlstandsentwicklung zu beteiligen.
- Alle Menschen müssen füreinander einstehen. Diese Verpflichtung gilt auch und

insbesondere, wenn der Einzelne sich nicht mehr selbst helfen kann. Dazu gehört, dass Menschen mit Pflegebedarf selbstbestimmt und in Privatheit in ihrem häuslichen Umfeld gepflegt werden können.

- Alle Menschen müssen die gleichen Rechte auf Zugang zu Bildung, Beruf und sozialen Leistungen haben. Erforderlich hierzu sind insbesondere auch flexible Arbeitszeitmodelle und flächendeckende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, um Frauen einen gleichberechtigten Zugang zum Beruf sowie gleiche Chancen bei der beruflichen Entwicklung zu ermöglichen.
- Alle Menschen müssen als gleichwertiges Mitglied

unserer Gesellschaft anerkannt sein – von Anfang an. Darum sollen alle Kinder, ob mit oder ohne Behinderung, gemeinsam und ihren individuellen Bedürfnissen entsprechend in einer inklusiven Schule lernen können. Hierzu sind die erforderlichen infrastrukturellen und personellen Voraussetzungen zu gewährleisten.

Dies sind die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen des SoVD aus einer umfassenden sozial politischen Agenda. (...) Wir fordern alle gesellschaftlichen Kräfte auf, mit uns gemeinsam der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich entschlossen und wirksam entgegenzutreten.